

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 5 (1913)
Heft: 9

Artikel: Outsiders
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350069>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ins Leben zu rufen. Für Handel, Verkehr, Industrie und Kleingewerbe blieben noch zirka 650,000 Organisationsfähige, von denen zurzeit rund 135,000, also *mindestens 21 Prozent*, organisiert seien.

Dabei ist ferner auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass die Gewerkschaften, die ihre Mitglieder grösstenteils aus einheimischen Arbeitern rekrutieren, für welche die Leistungen von Staat und Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosigkeit wohl in erster Linie in Betracht kämen, mehr als 25 Prozent in den betreffenden Berufen tätigen Arbeiter vereinigen.

Bei den Metallarbeitern und den Holzarbeitern sind zurzeit mindestens 25 Prozent, bei den Uhrenarbeitern zirka 30 Prozent und bei den Lithographen und Typographen über 85 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Die Verbände der Maler und Gipser, der Schneider und Schneiderinnen, der Bauarbeiter und so fort, denen gegenüber behauptet werden kann, dass sie einen hohen Prozentsatz ihrer Ausgaben für Lohnkämpfe verwenden, besitzen keine Arbeitslosenkassen und fallen somit vorläufig für die staatlichen und kommunalen Zuschüsse ganz ausser Betracht.

Endlich sei daran erinnert, dass ein Zuschuss von 50 Prozent an die vom Metallarbeiter-Verband oder vom Holzarbeiter-Verband ausbezahlte Arbeitslosenunterstützung in solchen Städten oder Kantonen, wo diese Zuschüsse etwa geleistet würden, im Jahr höchstens 2000 bis 3000 Fr., nur in Ausnahmefällen die Summe 5000 Fr. erreichen würde. Dass wegen eines solchen Betrages auch nur ein einziger Streik mehr oder minder unternommen wird, dürfte der Verfasser des fraglichen Artikels wohl selber nicht glauben.

Aug. Huggler.

* * *

Im übrigen behalten wir uns vor, in der nächsten Nummer die im genannten Artikel vertretenen Ansichten einer genauen Prüfung zu unterziehen.



Outsiders.

« *Aussenseiter* » nennt man in Amerika und in Grossbritannien, den klassischen Ländern der wirtschaftlichen Interessenverbindungen, alle die, welche bei der Organisation nicht mitmachen wollen. Bekanntlich bilden die Outsiders unter der Arbeiterschaft in der Schweiz noch die grosse Mehrheit sowohl mit Bezug auf die gewerkschaftliche als mit Bezug auf die politische Organisation.

Die Frage, wie die Zahl dieser Aussenseiter, die das allergrösste Hindernis sind, das einer erfolgreichen gewerkschaftlichen Tätigkeit im Wege steht, vermindert werden kann, bildet das wichtigste Problem der bestehenden Organisationen, auf dessen Lösung wir gelegentlich noch zu sprechen kommen.

Heute handelt es sich um die Outsiders mit Bezug auf den Schweiz. Gewerkschaftsbund.

Bekanntlich gibt es zurzeit in der Schweiz noch 10 bis 12 grössere gewerkschaftliche Organisationen mit rund 40,000 Mitgliedern, die dem Gewerkschaftsbund nicht angehören.

Die grössten, die dabei in Betracht kommen, sind der Verband schweizerischer Eisenbahn- und Dampfbootangestellter mit zirka 13,000 Mitgliedern und der sogenannte christlich-soziale Gewerkschaftsbund mit angeblich 14,500 Mitgliedern; erst nachher folgen die im Jahresbericht für 1912 einzeln genannten Verbände mit 800 bis 3500 Mitgliedern.

Ueber die Versuche, aussenstehende Verbände (romanischer Typographenbund, Verband der Heizer und Maschinisten etc.) zum Anschluss an den Gewerkschaftsbund zu bewegen, ist im Jahresbericht des Gewerkschaftsbundes schon berichtet worden.

Es sei hier nur beigefügt, dass wir uns auch die vereinzelt *anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften* in der französischen Schweiz und die hauptsächlich im Kanton St. Gallen existierenden sogenannten christlichen Gewerkschaften näher besehen haben, ob darunter solche sich befinden, die für den Gewerkschaftsbund von Bedeutung sein könnten.

Was die Syndikalisten anbetrifft, so können nur drei bis vier lokale Gewerkschaften der Maurer, Zimmerleute und der Maler und Gipser in Lausanne und Genf in Frage kommen. Wie wir dies früher schon meldeten, ist die alte anarcho-syndikalistische Organisation, die vor sechs Jahren in der französischen Schweiz zirka 6000 bis 8000 Anhänger zählte und über ein sehr einflussreiches Kampforgan und einen grossen Stab von sehr eifrigen Führern verfügte, auf eine unbedeutende Gruppe verhitteter Sektierer, die nur noch in negativem Sinne tätig sind, zusammengeschmolzen. Dagegen ist nicht zu bestreiten, dass die zehn Jahre intensiver anarcho-syndikalistischer Propaganda heute noch nachwirkt.

Die Mehrzahl der Bauarbeiter in Genf und Lausanne und vereinzelt Berufsgruppen in Neuenburg, Yverdon, Vivis und in den Städten des Unterwallis weigern sich immer noch, den für ihre Berufe bestehenden Zentralverbänden sich anzuschliessen. Diese Gruppen bilden heute eine Art neutraler Schicht, die sich weder auf die Seite der Anarchisten, noch auf unsere entschieden

stellt, die dort losgelöst oder gelockert, aber hier noch nicht angegliedert werden konnte.

Erst wenn wir wenigstens den Hauptteil dieser Gruppen für uns gewonnen haben, besteht gute Aussicht dafür, dass die Zentralverbände in der Propaganda unter den Zehntausenden von unorganisierten Lohnarbeitern in der Westschweiz grössere Erfolge haben werden.

Bei den sogenannten *Christlichen* verhält sich die Sache anders.

Nach dem Jahresbericht des Zentralverbandes christlich-sozialer Arbeiterorganisationen für 1912 zählten die diesem Verband angeschlossenen Gewerkschaften zirka 14,400 Mitglieder, die sich auf die einzelnen Berufe und nach Geschlecht folgenderweise verteilen:

	Mitglieder im Jahr 1912		Total
	Männl.	Weibl.	
<i>Bauarbeiter</i> (Maurer, Erdarbeiter, Steinarbeiter, Handlanger etc.)	210	—	210
<i>Bekleidungsbranche</i> (Schneider, Schuhmacher, Wäschereiarb., Hutmacher, Putzmacherinnen etc.)	332	924	1,256
<i>Buchbinder</i>	137	155	292
<i>Holzarbeiter</i> (aller Berufe)	893	—	893
<i>Maler und verwandte Berufe</i>	448	—	448
<i>Industrie-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter</i> (etwa 10 verschiedene Berufe)	248	326	574
<i>Metallarbeiter</i>	534	278	812
<i>Textilarbeiter</i>	535	9,381	9,916
Total	3,337	11,064	14,401

Diese Zahlen sind mit viel Vorsicht zu behandeln. Speziell bei den Textilarbeiterinnen sollen einige Tausend mitgezählt sein, die eigentlich nur Mitglieder eines Arbeiterinnenvereins seien. Jedenfalls sind die Zahlendurchweg sehr hoch berechnet. Was die männlichen Mitglieder anbetrifft, so erscheint deren Zahl nur bei den Holzarbeitern, Malern und verwandten Berufe von Bedeutung. Dabei darf man jedoch nicht ausser acht lassen, dass für jede Gruppe mehrere Berufsarten und gleichzeitig gelernte und ungelernte Arbeiter zusammengesetzt sind, so dass für die einzelnen Berufe nur noch sehr kleine Häuflein übrig bleiben. Wichtiger erscheint die Zahl der christlich organisierten Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Selbst wenn hier eine Doppelzählung vorliegen sollte, bleibt die Tatsache bestehen, dass die sogenannten Christlichen bei den Arbeiterinnen in der schweizerischen Textilindustrie mehr Erfolg haben als der freie Textilarbeiterverband.

Was dagegen die übrigen Industriegruppen (Bauarbeiter, Metallarbeiter, Verkehrsarbeiter etc.) anbetrifft, vereinigen die Christlichen kaum 4 bis 5 Prozent der in diesen Industrien frei organisierten und höchstens 4 bis 6 Promille der darin beschäftigten Arbeiter.

Ueber die Beitragsleistung der einzelnen Mitglieder ist im erwähnten Bericht nichts gesagt.

Dieser Umstand und gewisse Abrechnungen christlich-sozialer Bankinstitute und Genossenschaften lassen darauf schliessen, dass ein grosser Teil der Einnahmen der christlichen Gewerkschaften aus andern Quellen fliessen als aus der ordentlichen Beitragsleistung ihrer Mitglieder.

Was die Ausgaben für Unterstützungszwecke anbetrifft, hätten die christlichen Gewerkschaften der Schweiz aufgebracht für:

Im Jahr	Streiks	Arbeitslosenunterstützung	Rechtsschutz
	Fr.	Fr.	Fr.
1906	12,597.85	602.20	366.—
1910	3,754.40	4556.05	1892.47
1912	9,148.61	6858.06	1531.65

Das Vermögen der christlichen Gewerkschaften wird mit 176,000 Fr. im Totalbetrag angegeben, davon besitzen die Holzarbeiter allein ein Sechstel und die Textilarbeiter ungefähr die Hälfte, so dass den übrigen Verbänden nur noch ein Drittel übrig bleibt.

Jedenfalls sind unsere christlichen Gewerkschaften sehr auf fremde Hilfe angewiesen, wenn sie einmal in die Lage kommen sollten, ausserordentlichen Anforderungen genügen zu können.

Wir glauben nicht, dass der Gewerkschaftsbund eine besonders gute Akquisition machen würde, wenn er irgendeine dieser christlichen Gewerkschaften für sich gewänne. Diese Sorte Gewerkschafter sind zu sehr daran gewöhnt, auf Kosten Dritter zu existieren, zu ernten, wo sie nicht gesät haben. Dementsprechend bleibt das Problem für uns zu lösen, wie wir in den speziell gefährdeten Gebieten am wirksamsten der Organisationszersplitterung der christlichen Gewerkschaften entgegenzutreten können. Damit wird sich voraussichtlich der Gewerkschaftsbund im Laufe dieses Jahres noch befassen. (Schluss folgt.)



Das Streikrecht für Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Nach dem Generalstreik in Zürich, an welchem auch der grösste Teil der städtischen Arbeiter teilnahm, haben geschäftige Federn zu beweisen versucht, dass städtische und staatliche Arbeiter vom Streikrecht ausdrücklich ausgeschlossen werden müssten. « Im Interesse des Gemeinwohls », wie Herr Dr. Wettstein sich ausdrückte.

Gegen diese Art von Degradierung der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben diese nun in unzweideutiger Weise Stellung genommen. Auf der soeben in Zürich stattgehabten *Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe*, die aus Deutschland, Frankreich, England, Böhmen, Skandinavien, Holland, Belgien, Oesterreich und